

Dr. Brecht (SPD):

Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß bei solchen Beschlüssen eine Strukturierung in der Art und Weise vorgenommen wird, daß man sich zuerst auf alle möglichen Dinge bezieht und der eigentliche Beschluß dann im letzten Absatz kommt. Das ist in diesem Falle hier auch passiert. Der Beschluß nimmt bloß Bezug auf bestimmte vorherige Beschlüsse, und der eigentliche Kernsatz ist von Herrn Weiß vorgetragen worden. Es geht eigentlich nur um diesen einzigen Satz.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Danke schön. Der Text, der uns hier zum Beschluß vorliegt, ist freilich nun meiner Auffassung nach so eindeutig, weil er beschreibt, was wir daran verurteilen, daß ich meine, daß man das tatsächlich beantworten könnte. - Bitte schön, der Abgeordnete Ullmann.

Dr. Ullmann (Bündnis 90/Grüne):

Ich bin selbstverständlich bereit, Ihnen das deutsch vorzulesen, aber der Text ist eindeutig so, daß er aus fünf Absätzen besteht, die Erklärungen sind, um dann als entscheidenden Satz die Verurteilung des Zionismus als eine Form des Rassismus und der rassischen Diskriminierung vorzunehmen, so daß das also leider die Tendenz dieser ganzen Resolution ist.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Danke schön. - Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Wer wünscht, diesem Beschluß, wie er in Drucksache Nr. 169 verzeichnet ist, seine Zustimmung zu geben, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Das sind einige Stimmhaltungen. Danke schön. Damit ist der Beschluß so angenommen.

Es ist um eine Erklärung zur Abstimmung gebeten worden. Bitte schön.

Frau Dr. Kaufmann (PDS):

In der Erklärung der Volkskammer vom 12. April haben sich alle Abgeordneten dieses Hohen Hauses, also auch die Abgeordneten der PDS-Fraktion von der früheren Politik der DDR gegenüber dem Staat Israel distanziert. Wir alle bekundeten unseren entschlossenen Willen zur Neugestaltung der Beziehungen zwischen beiden Ländern und Völkern.

Von daher ist es nur folgerichtig, daß die PDS-Fraktion das Anliegen des vorliegenden Beschlußturfes uneingeschränkt unterstützt, deckt er doch zwei wesentliche Ursachen für die völlig einseitige und damit falsche offizielle Sicht auf Israel auf, zum einen die pauschale Verurteilung des Zionismus als reaktionär, chauvinistisch oder gar rassistisch, und zum anderen die Gleichsetzung des so diffamierten Zionismus mit Israel und seiner Außenpolitik.

Beides, um das möchte ich ausdrücklich betonen, ist weder wissenschaftlich noch politisch haltbar.

Werte Abgeordnete! Meine Damen und Herren! Gegenwärtig erleben wir gerade hier bei uns in Europa Veränderungen von historischer Dimension: das Ende des kalten Krieges, den Abbau von Konfrontation zwischen den europäischen Staaten und Völkern, die auf dem Weg sind, ein gemeinsames Haus Europa zu bauen. Der Nahe Osten hingegen ist unverändert einer der brennendsten regionalen Konfliktherde, der die friedliche Zukunft der Menschen der Weltgemeinschaft belastet. Frieden, Demokratie und Wahrung der Menschenrechte sind unteilbar. Diese Werte gelten für alle Völker gleichermaßen und damit auch für das palästinensische Volk. Dies wird ihm aber von Israel durch die Okkupation arabischen Territoriums bestritten. Deshalb, meine Damen und Herren, möchte ich an dieser Stelle im Namen

meiner Fraktion erklären, daß sich die PDS für eine dauerhafte und gerechte politische Lösung des Nahostkonflikts einsetzt, die von der Anerkennung der legitimen Existenz- und Sicherheitsinteressen aller am Konflikt beteiligten Parteien, also gerade des Volkes von Palästina und des israelischen Volkes, ausgehen. Da dieser Zusammenhang von grundsätzlicher Bedeutung ist und in der Erklärung nicht reflektiert wird, hat sich unsere Fraktion, unbeschadet ihrer vollen Zustimmung zum Anliegen der Antragsteller, weitgehend der Stimme enthalten. - Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Danke schön. Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt. Sie erinnern sich daran, daß der Tagesordnungspunkt 8 - es ging um das Gesetz zur Umstrukturierung des staatlichen ambulanten Gesundheitswesens, Veterinärwesens, Apothekenwesens - hier in 2. Lesung nicht endgültig behandelt werden konnte und zurücküberwiesen wurde, und zwar in der Hoffnung, daß wir den Gesetzentwurf, der möglicherweise hier zur Abstimmung stehen sollte, noch bekommen könnten. Der Gesetzentwurf liegt inzwischen in Drucksache Nr. 144 b vor. Ich weiß nicht, nach welchem Schlüssel er verteilt worden ist. Ich habe ein Exemplar. Vielleicht kann man der SPD-Fraktion da drüben noch etwas geben. Die wurden von rechts hereingetragen und kamen nicht sehr weit.

(Zuruf von der PDS: Links hat nichts bekommen.)

Vielleicht können noch ein paar Exemplare herübergebracht werden, so daß man dann hineinsehen kann. Sie sind sozusagen druckfrisch. Ich bitte den Vertreter des Ausschusses für Gesundheit, diese Vorlage zu begründen. Bitte schön.

Frau Dr. Schönebeck, Berichterstatter des Ausschusses für das Gesundheitswesen:

Meine sehr verehrten Abgeordneten! Verehrter Präsident! Das ausgerechnet der Ausschuß für das Gesundheitswesen Sie zu einer so wenig gesundheitsfördernden Tageszeit um Ihre Aufmerksamkeit bittet,

(Vereinzelt Beifall)

macht - glaube ich - schon deutlich, daß es sich um ein wirklich sehr, sehr dringendes Anliegen handelt. Wir haben den ganzen Tag gearbeitet, um gemeinsam mit den anderen Ausschüssen, die hier noch beauftragt waren, zu einem Text zu kommen. Ich darf Ihnen zunächst die Ausschußvoten vortragen.

Der Rechtsausschuß hatte keine Einwände gegen den Text. Der Verfassungsausschuß hat einige juristische Verbesserungen am Text vorgenommen, die uns auch sehr wichtig erschienen, hat sich aber insgesamt sozusagen etwas zurückhaltend zu dem Gesamttext geäußert. Ich denke aber, da der Rechtsausschuß dem zugestimmt hat, sollten wir vielleicht mit den Veränderungen, die wir vorgenommen haben, leben. Mit dem Wirtschaftsausschuß haben wir ebenfalls einige Änderungen eingearbeitet, die Ihnen jetzt im veränderten Text vorliegen.

Ich darf Ihnen noch einmal deutlich machen, um welche Situation es geht. Alle Parteien, alle Fraktionen dieses Hauses einschließlich der Koalitionsvereinbarung, der Regierungserklärung, bis hin zum Staatsvertrag haben sich dafür ausgesprochen, daß wir zu einem pluralistischen Gesundheitswesen kommen, um damit die Angebote und Differenziertheit für die Bürger und die Betreuung letztlich zu verbessern.

Hier tut sich nun offensichtlich eine Lücke auf, daß es eigentlich niemanden gibt, der entscheidet, welche Einrichtungen sozusagen in welcher Form in eine andere Eigentumsform überführt werden sollen. Das führt im Lande zum Teil zu zweckentfremdeter Nutzung der ohnehin knappen Gesundheitseinrichtungen. Es führt auch dazu, daß Sponsoren, die mit hohen Geldmitteln ausgestattet sind, sich hier sozusagen einkaufen. Es